

**Regierungserklärung
von Ministerpräsident Peter Müller
am 16. Januar 2008 vor dem Landtag des Saarlandes**

***„Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Beschäftigung – Durchbruch auf
dem Arbeitsmarkt“***

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

das Jahr 2007 war für den Arbeitsmarkt in Deutschland und an der Saar ein überaus gutes Jahr. Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung und die gute Konjunktur haben sich in ganzer Breite auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Das Ergebnis waren wachsende Beschäftigungszahlen, eine wachsende Zahl an offenen Stellen und eine Rückführung der Arbeitslosigkeit, wie sie noch in keinem Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik aber auch bei uns im Saarland verzeichnet werden konnte. Dem langfristigen Ziel, wieder Vollbeschäftigung zu erreichen, sind wir ein gutes Stück näher gekommen. Diesen Kurs in Richtung Vollbeschäftigung mit aller Entschlossenheit und mit allem ernsthaften Bemühen weiter verfolgen, ist die Aufgabe einer jeden verantwortungsvollen Politik.

Arbeit ist und bleibt die Grundlage für ein selbstbestimmtes menschenwürdiges Leben. Arbeit ist und bleibt die Grundlage für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen. Arbeit ist und bleibt die Grundlage einer humanen und gerechten Gesellschaft. Nur mit einem ausreichenden Angebot an Arbeitsplätzen wird es uns gelingen, allen Jugendlichen eine Perspektive für ihren weiteren Lebensweg zu bieten. Nur mit einem ausreichenden Angebot an Arbeitsplätzen wird es uns gelingen, die drohende Gefahr der Altersarmut abzuwenden und die Leistungsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme zu erhalten. Kurz: Eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik ist und bleibt die Grundlage für eine erfolgreiche Politik in allen anderen Bereichen.

Im Saarland haben die gute Konjunktur und das Beschäftigungswachstum im Jahr 2007 zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit um 14,3 Prozent geführt. Die Arbeitslosenquote verringerte sich dadurch von 9,9 Prozent im Durchschnitt des Jahres 2006 auf 8,4 Prozent im Jahresschnitt 2007. In absoluten Zahlen bedeutet dies einen Rückgang von knapp 50.000 Arbeitslosen in 2006 um 7.100 auf nur noch 42.600 im Jahresdurchschnitt 2007. Im Oktober 2007 ist die Zahl der Arbeitslosen sogar erstmals seit 1992 unter die magische Grenze von 40.000 gefallen. Im Dezember des vergangenen Jahres waren nur noch 39.400 Menschen im Saarland arbeitslos. Mit einer Arbeitslosenquote von 7,8 Prozent war dies der niedrigste Dezemberwert seit

15 Jahren. Gleichzeitig lag die Zahl der offenen Stellen im Jahr 2007 mit rund 8.800 auf einem Rekordhoch. Im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist es nach den vorläufigen Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit gelungen, die Zahl der Arbeitsverhältnisse von Oktober 2006 bis Oktober 2007 um 1,3 Prozent auf 351.500 zu erhöhen. Gemessen am Beginn des Jahres 2006 ist dies sogar eine Steigerung von 4,5 Prozent.

Sie sehen damit, meine Damen und Herren, das Saarland partizipiert in vollem Maße an dem bundesweiten Aufschwung. Das war in früheren Zeiten nicht der Fall. Das zeigt: Unser Anspruch, das Saarland zu einem Aufsteigerland zu machen, war alles andere als eine Floskel. Das Saarland **ist** heute ein Aufsteigerland. Das Saarland **ist** auf dem Weg nach oben. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt belegt das in eindrucksvoller Art und Weise!

Diese Erfolge verdanken wir natürlich in erster Linie den Menschen in unserem Land: fleißigen und engagierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, hochqualifizierten Facharbeitern, klugen und umsichtigen Führungskräften an der Spitze der Unternehmen, mutigen Betriebsgründern und risikobereiten Investoren. Hinzu kommt aber auch der Politikwechsel, den wir mit unserer Regierungsübernahme im Jahr 1999 eingeleitet haben. Im Jahr der Regierungsübernahme lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl deutlich über 50.000. In diesem Jahr haben wir die Chance, die Grenze von 40.000 zu unterschreiten. Das heißt: Der Politikwechsel hat sich für unser Land bezahlt gemacht.

Maximen dieses Politikwechsels waren:

- Investitionen in die Zukunft statt in die Vergangenheit;
- konsequenter Abbau von unnötiger staatlicher Bürokratie und staatlicher Überregulierung;
- unternehmerfreundliche Mittelstandsförderung;
- Verbesserung des Gründungsklimas und Intensivierung des Gründungsgeschehens;
- höhere Leistungs- und Qualitätsorientierung im saarländischen Bildungswesen;
- und dies alles im Rahmen einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik unter den Grundsätzen des Sanierens und Gestaltens.

Die Erfolgsentwicklung der letzten Jahre belegt: Der wirtschaftliche Aufschwung ist nun auch am Arbeitsmarkt und damit bei den Menschen selbst angekommen. Seit dem Jahr 2000 lag die Zahl der Erwerbspersonen im Saarland im Durchschnitt konstant bei über 500.000; nach allem, was sich derzeit abzeichnet, werden wir für das Jahr 2007 mit rund 510.000 Erwerbspersonen einen absoluten Beschäftigungsrekord in der Geschichte des Saarlandes erzielen. Und was besonders erfreulich ist: Es ist nicht mehr allein der industrielle Kern der Saarlwirtschaft aus Stahl- und Metallindustrie sowie aus Maschinen- und Anlagenbau, der diesen Aufschwung am Arbeitsmarkt trägt; es sind vor allem auch die Dienstleistungen im Verkehrs- und Immobilienwesen, der Datenverarbeitung sowie – nicht zuletzt – der Informations- und Kommunikationstechnik, die sich inzwischen als wahre Job-Lokomotiven erweisen. Diese Dienstleistungen sind es, die dafür sorgen, dass der tertiäre Sektor mit über 220.000 bzw. 65 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse das produzierende Gewerbe inzwischen überholt hat.

Diese Entwicklung zeigt: Der Strukturwandel in der Saarlwirtschaft läuft auf Hochtouren. Unsere Instrumente zur Förderung und Unterstützung des saarländischen Mittelstandes greifen. Unser industrieller Kern beweist Tag für Tag seine Wettbewerbsfähigkeit auf den nationalen und internationalen Märkten. Und auch unsere Innovationsstrategie entfaltet nachhaltige Beschäftigungswirkungen: Insgesamt arbeiten inzwischen 60.000 Beschäftigte in den Bereichen „Automotive“, „Logistik“, „IT“, „Wissen“ und „Energie“; das sind 17 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – und diese Tendenz ist weiter steigend. Der von der saarländischen Landesregierung seit dem Jahr 1999 praktizierte Paradigmenwechsel, der Anspruch, konsequent Kurs zu nehmen auf die Zukunftsmärkte von morgen statt die Kräfte auf die Erhaltung altindustrieller Strukturen ohne ausreichende Wettbewerbsfähigkeit zu konzentrieren, hat sich also bewährt.

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren stets nach dem Prinzip gehandelt, statt Arbeitslosigkeit Arbeit und Ausbildung, Innovationen und Investitionen zu fördern. Die daraus resultierende Rückführung der Arbeitslosigkeit auf mittlerweile unter 40.000 kommt nicht nur den einzelnen Menschen, sondern der gesamten Gesellschaft zugute – durch steigende Wertschöpfung, stabilere Sozialversicherungssys-

teme, höhere wirtschaftliche Dynamik und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem aber ist sie natürlich ein Segen für die Betroffenen selbst.

Und wenn wir dabei im Jahre 2007 den höchsten Abbau der Arbeitslosigkeit in der Geschichte des Saarlandes verzeichnen können, dann ist dies weit mehr als bloß eine statistische Erfolgsmeldung. Über 7.000 Menschen neu in Arbeit und Brot gebracht zu haben, heißt nämlich auch, den Betroffenen mit ihren Familien neue Zuversicht für ein Leben in Selbstbestimmung und materieller Unabhängigkeit gegeben zu haben. Das heißt, über 7.000 lebende Beispiele dafür geschaffen zu haben, dass einmal erlebte Arbeitslosigkeit eben nicht unumkehrbar in die Spirale nach unten führt. Das heißt, zahlreichen Kindern und Jugendlichen den Weg in die Kinderarmut mit all ihren verhängnisvollen Konsequenzen erspart zu haben. All das ist also eine sozialpolitische Leistung, wie sie die großzügigsten Transferzahlungen und bestorganisierten staatlichen Sozialprogramme nicht erbringen können. Es bleibt eben richtig: sozial ist, was Arbeit schafft.

Das gilt zunächst für die jüngeren Menschen in unserem Land. Im Jahresdurchschnitt 2007 gab es rund 4.000 arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren, das waren fast 1.900 oder ein Drittel (32,1 Prozent) weniger als vor neun Jahren. Damit hat die Jugendarbeitslosigkeit sogar erheblich stärker abgenommen als die Arbeitslosigkeit insgesamt, entsprechend ist ihr Anteil an allen Arbeitslosen von 11,1 Prozent auf 9,3 Prozent gesunken. Für die jungen Leute, deren persönlicher Reifeprozess noch nicht abgeschlossen ist, ist dies von enormer Bedeutung und ein kräftiger Schub für das ganze weitere Leben. Doch auch die Altersarbeitslosigkeit, d.h. die Arbeitslosigkeit oberhalb eines Alters von 50 Jahren ist deutlich zurückgegangen, und zwar noch stärker als bei den Jugendlichen: Sie sank von 12.372 auf 5.143 Personen, was einem Rückgang von fast 60 Prozent entspricht, ihr Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit sank damit von über 23 Prozent auf etwas mehr als 12 Prozent. Also auch die älteren Arbeitnehmer zählen zu den Gewinnern dieser Aufwärtsentwicklung am Arbeitsmarkt.

Jeder, der Familie hat und für die Erziehung von Kindern verantwortlich ist, weiß, wie wichtig es ist, dass gerade der Einstieg ins Berufsleben gelingt. Die Statistik zeigt mit trauriger Eindeutigkeit, dass unter den Langzeitarbeitslosen der Anteil derer, denen

dieser Einstieg nicht gelungen ist und die keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können, besonders hoch ist. Die Versorgung mit Ausbildungsplätzen ist daher eine Aufgabe von hoher gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Viele in unserem Land haben sich dieser Aufgabe mit großem Nachdruck gestellt – und im Ergebnis mit großem Erfolg. So lag die Zahl der nicht vermittelten Bewerber Ende September 2007 bei 127, denen jedoch 187 offene Ausbildungsstellen gegenüberstanden. Die Relation von offenen Ausbildungsstellen zu nicht vermittelten Bewerbern lag also zu diesem Stichtag bei knapp 1,5; jeder unversorgte Bewerber hatte damit gute Chancen, bis zur Jahreswende unter den offenen Stellen noch eine geeignete zu finden. Insgesamt konnte in der Vergangenheit die Zahl der nicht vermittelbaren Bewerber immer weiter zurückgefahren werden. Jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Bewerber stand damit in den letzten Jahren ein Ausbildungsplatz oder zumindest ein Einstiegs- oder Qualifizierungsangebot zur Verfügung.

Dies zeigt deutlich, dass seit dem Start des saarländischen Ausbildungspaktes und seit dem Start unserer Kampagne „Ausbildung. Jetzt!“ und der damit verbundenen Bündelung aller Kräfte und Aktivitäten tatsächlich eine Trendwende am Ausbildungsmarkt erreicht worden ist. Im Namen der saarländischen Landesregierung danke ich allen, die daran in der Vergangenheit mitgewirkt haben. Nicht ideologische Debatten und Schaufensterreden, nicht abstrakte Forderungen nach Lehrstellenabgaben, sondern Vertrauen in unsere Jugend und unternehmerische Entschlossenheit sind es, die diesen Erfolg bewirkt haben. In diesem neuen Jahr, vor allem aber im kommenden Jahr 2009, wenn gleich zwei Abiturientenjahrgänge auf den Ausbildungsmarkt drängen, werden wir noch einmal eine solche Gemeinschaftsleistung bewältigen müssen. Die Landesregierung geht davon aus, dass dann – wie in der Vergangenheit – etwa zwei Drittel der Schulabgänger eine duale Berufsausbildung anstreben. Daraus ergäbe sich ein Bedarf von 8.300 Ausbildungsplätzen im Jahre 2008 und für 2009 sogar eine Nachfrage nach ca. 9.000 Lehrstellen. Gemeinsam können wir es schaffen, ein entsprechendes Angebot an Ausbildungsplätzen zu erreichen.

Bereits jetzt werden in den zuständigen Ministerien dafür die entsprechenden Planungen und Vorarbeiten geleistet. Aber auch die saarländischen Unternehmen, das weiß ich aus zahlreichen Gesprächen, sind für diese gesamtgesellschaftliche Her-

ausforderung in hohem Maße sensibilisiert. Sie wissen: schon im Hinblick auf die Bewältigung der demografischen Entwicklung und den daraus resultierenden Fachkräftemangel ist ein hohes Engagement auf dem Ausbildungsmarkt in ihrem ureigensten Interesse. Die Landesregierung jedenfalls wird diese Aufgabe – wie in der Vergangenheit auch – gemeinsam und entschlossen mit den Partnern des Ausbildungspaktes angehen. Alle sind eingeladen, mitzuwirken. Dann bin ich sicher, dass wir die Erfolge der vergangenen Jahre am Ausbildungsmarkt fortschreiben können.

Der demografische Wandel stellt Politik, Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes vor völlig neue Herausforderungen. Der anhaltende Geburtenrückgang und die steigende Lebenserwartung werden zu einer erheblichen Verschiebung der Altersstruktur in Betrieben und Verwaltungen führen. Die Bevölkerungsgruppe der 50 bis 64-Jährigen wird bis zum Jahr 2020 um ca. 36.000 wachsen. Damit erhöht sich ihr Anteil von 19 Prozent auf 25 Prozent. Parallel dazu wird sich die Zahl der Erwerbspersonen, die 50 Jahre und älter sind, bis 2020 etwa verdoppeln und dann fast 200.000 betragen; vier von zehn Erwerbspersonen werden dann über 50 Jahre sein. Insgesamt werden die Menschen älter und wollen ihr Leben aktiv gestalten, deshalb muss die Beschäftigungssituation älterer Menschen weiter verbessert werden und gleichzeitig müssen die Chancen auf Arbeit und einer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhöht werden. Wir müssen schon heute damit beginnen, die Potenziale der Älteren besser als bisher zu nutzen, indem Ältere verstärkt in reguläre Beschäftigung gebracht und darin gehalten werden. Ziel muss es sein, unser Land rechtzeitig auf die demografischen Veränderungen vorzubereiten, die bereits jetzt absehbar sind und die sich in den nächsten Jahren vollziehen werden.

Mein besonderer Dank gilt daher den Spitzenorganisationen der Saarlwirtschaft und der Arbeitnehmer sowie der Bundesagentur für Arbeit, die im September des vergangenen Jahres – gemeinsam mit der Landesregierung – einen „Regionalen Beschäftigungspakt für Ältere im Saarland“ abgeschlossen haben. Ich halte dies für eine wegweisende Initiative, weil dieser Beschäftigungspakt ein soziales Anliegen von hoher Priorität verbindet mit dem Interesse unserer heimischen Wirtschaft an erfahrenen und zuverlässigen Fachkräften. Es ist eine Initiative, die in gut saarländischer Tradition von der gemeinsamen Verantwortung für die Menschen, aber auch für unser Land und seine wirtschaftliche Zukunft getragen ist. Gemeinsam haben wir uns

vorgenommen, die Beschäftigungsquote Älterer von derzeit rund 40 Prozent bis zum Jahre 2010 auf 50 Prozent anzuheben und auch die Wiedereingliederungsquote älterer Arbeitsloser ab 50 Jahren ebenfalls signifikant zu verbessern.

Mit der Senkung der Altersarbeitslosigkeit um knapp 13 Prozent ist ja bereits im zurückliegenden Jahr 2007 eines dieser Ziele in beeindruckender Weise gelungen. Was die Verbesserung der Beschäftigungsquote betrifft, so werden wir in Zukunft noch einmal nachhaltige Anstrengungen im Hinblick auf die frühzeitige berufliche Weiterbildung und die Intensivierung des lebenslangen Lernens unternehmen. Dafür werden wir die Förderinstrumente aktiver Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik noch stärker als bisher sowohl auf ältere Arbeitslose als auch auf ältere Beschäftigte ausrichten. Unternehmen sollen dafür sensibilisiert werden, die Potenziale älterer Arbeitnehmer stärker zu nutzen. Wir brauchen ein Umdenken: weniger die Defizite im Hinblick auf körperliche Belastbarkeit als vielmehr die Vorzüge der in vielen Berufsjahren gewonnenen Erfahrung sind es, die wir in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen müssen. Das Alter muss viel stärker als bisher als produktive Lebensphase verstanden und gesellschaftlich anerkannt werden. Die gesteckten Ziele des Beschäftigungspaktes für Ältere sind ehrgeizig und nur auf mittlere Sicht zu erreichen. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass der Beschäftigungspakt im Saarland erfolgreich sein wird. Hier vertraue ich auf das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen allen Partnern des Paktes sowie auf den gemeinsam getragenen Willen zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes.

Unser übergeordnetes arbeitsmarktpolitisches Ziel besteht darin, in einer stetig sich verändernden Arbeitswelt mit steigenden Anforderungen sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitslosen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln – und damit zugleich die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität des Landes zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Landesregierung bereits in der letzten Legislaturperiode ein ganzes Bündel unterschiedlicher Maßnahmen ergriffen. Besondere Bedeutung misst die Landesregierung dabei einer aktiven Arbeitsmarktpolitik insbesondere zur Eingliederung benachteiligter oder schwer vermittelbarer Zielgruppen in den Arbeitsmarkt bei.

Die Arbeitsmarktpolitik des Landes trägt damit zum Ausgleich wachsender Zugangs- und Eingliederungsrisiken in den Arbeitsmarkt bei. Indem sie die Risiken sozialer Ausgrenzung bekämpft, erhält Arbeitsmarktpolitik zugleich eine integrierende sozialpolitische Komponente. Andererseits hat Arbeitsmarktpolitik aber auch eine strukturell flankierende Funktion: Sie trägt zum Erhalt eines stabilen und wettbewerbsfähigen Industriekerns bei und unterstützt gleichzeitig den Ausbau zukunftsorientierter Branchen. Denn beides ist eng gekoppelt an die Verfügbarkeit umfassend qualifizierter Arbeitskräfte, die den veränderten und gestiegenen Anforderungen der Unternehmen an die berufliche Qualifikation gerecht werden.

Für diese Aufgabe stehen dem Land – neben eigenen Mitteln und Mitteln der Bundesagentur für Arbeit – Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Was diese sogenannten ESF-Mittel anbelangt, so erhält die Landesregierung durch Beschluss der EU-Kommission vom Dezember 2007 für den Zeitraum von 2007 bis 2013 insgesamt rund 86,5 Mio. € aus Brüssel. In diesem Zeitraum werden wir somit – gemeinsam mit der Arbeitsmarktförderung aus dem Landeshaushalt sowie mit Fördermitteln der Bundesagentur für Arbeit, der Grundsicherungsträger, Gemeinden und Unternehmen – ein Gesamtfördervolumen von etwa 173 Mio. € in unserer Region einsetzen können.

Für die Verteilung der Strukturfonds-Mittel orientiert sich die EU-Kommission u.a. an der Entwicklung der Arbeitslosenquote und des BIP. Als Folge einer in den vergangenen Jahren über dem Bundesdurchschnitt liegenden positiven Entwicklung am saarländischen Arbeitsmarkt stehen dem Land im Zeitvergleich zwischen der alten und der neuen Förderperiode weit weniger ESF-Mittel zur Verfügung. In der letzten Förderperiode 2000 – 2006 wurden dem Saarland ESF-Mittel in Höhe von insgesamt 190 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Mit den 190 Mio. € an ESF-Mitteln und knapp 94 Mio. € an zusätzlichen Mitteln des Landes haben wir in den vergangenen neun Jahren in insgesamt über 2.300 Projekten weit mehr als 60.000 Arbeitslose und Beschäftigte in Unternehmen gefördert und diesen Menschen durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung, der beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung sowie durch Maßnahmen der Berufsberatung oder der beruflichen Neuorientierung neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet.

Nach den ursprünglichen Verteil-Kriterien der EU-Kommission hätten dem Saarland für die neue Förderperiode 2007 – 2013 nur 1,5 % der ESF-Mittel für die westlichen Bundesländer zur Verfügung gestanden, d.h. ca. 37,5 Mio €. Aufgrund erfolgreicher Verhandlungen mit den anderen Bundesländern ist es uns aber gelungen, diesen Prozentsatz mit 3,46 % mehr als zu verdoppeln und rund 86,5 Mio. € ESF-Mittel zu erhalten. Somit ergibt sich ein Gesamt-Fördervolumen von 173 Mio. €. Die Verwendung dieser Mittel zum Erhalt und zur Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze wird in diesem und im kommenden Jahr drei Förderschwerpunkte haben:

Im ersten Förderschwerpunkt steht die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus durch Förderung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen im Vordergrund. Ziel ist die Erhöhung der Beteiligung von Arbeitnehmern an unternehmensnaher oder betriebsbezogener Weiterbildung. Hier gilt es, die Vermittlung der dafür benötigten Qualifikationen für Arbeitnehmer zu fördern. Weiterhin sollen neue Beschäftigungsfelder erschlossen und die hierfür notwendigen Arbeitskräfte qualifiziert werden. Insgesamt werden damit in den nächsten sieben Jahren 1.800 Betriebe beraten und ca. 38.000 Beschäftigte berufsbegleitend qualifiziert.

Im zweiten Schwerpunkt steht die Verbesserung der Chancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren im Mittelpunkt der Förderung. Damit für eine größere Zahl Jugendlicher ohne Schulabschluss der erste Schritt in Richtung Ausbildung möglich ist, stellt die Landesregierung Mittel für die Förderung von Hauptschulabschlusskursen in Vollzeitform zur Verfügung. Gefördert werden benachteiligte, arbeitssuchende Jugendliche unter 25 Jahren, denen mit dem Hauptschulabschluss die Chance auf eine Ausbildung oder der Zugang zu einer weiterführenden Schule eröffnet werden soll. Wir wollen alles daran setzen, dass junge Erwachsene die bestmöglichen Chancen für einen erfolgreichen Eintritt ins Berufsleben erhalten. Mit Hilfe der Mittel des Landes und des ESF werden insgesamt ca. 32.000 Jugendliche in den nächsten sieben Jahren bessere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhalten.

Im dritten Schwerpunkt erstreckt sich das Spektrum der Aktivitäten von der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen mit dem Ziel der dauerhaften Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt über die Erhöhung der Frauenerwerbsbeteili-

gung durch berufliche Orientierungs- und Qualifizierungsangebote für arbeitslose Frauen und Berufsrückkehrerinnen bis hin zur Existenzgründungsförderung für Arbeitslose zum Zweck der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen. Im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels erhalten in diesem Schwerpunkt auch die Beschäftigten des Steinkohlebergbaus und seiner Zulieferindustrie die Chance auf eine umfassende berufliche Neuorientierung – wir lassen die Bergbaubeschäftigten damit nicht im Regen stehen, sondern werden unserer beschäftigungspolitischen Verantwortung ihnen gegenüber gerecht. Darüber hinaus wird die berufliche Integration von stark benachteiligten Personengruppen des Arbeitsmarktes gefördert, insbesondere von Langzeitarbeitslosen, älteren Arbeitslosen, Personen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen. Damit wollen wir in den nächsten Jahren insgesamt ca. 18.000 Menschen die Chance zur beruflichen Neuorientierung oder zur Reintegration in den Arbeitsmarkt geben.

Zusammenfassend prägen in den drei Förderschwerpunkten folgende Ziele die arbeitsmarktpolitische Strategie des Landes:

- Förderung der beruflichen Erstausbildung, damit insbesondere weniger leistungsstarke Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten.
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch die Schaffung zusätzlicher Angebote der beruflichen Qualifizierung oder Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt.
- Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit durch zusätzliche Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, angepasst an die besonderen Vermittlungshemmnisse der Zielgruppe.
- Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und des Erhalts der Beschäftigung für Ältere durch zusätzliche Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.
- Förderung der beruflichen Neuorientierung derjenigen Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz durch den wirtschaftlichen Strukturwandel verlieren.

- Anpassung der beruflichen Qualifikation der Beschäftigten an die stetig steigenden Anforderungen in den Betrieben mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten.
- Förderung der beruflichen Chancengleichheit für Frauen und Männer.

Allein in diesem Jahr setzt die Landesregierung rund 26,8 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds und rund 7,5 Mio. € aus Mitteln des Landes für die aktive Arbeitsmarktförderung ein. Dies entspricht einer Erhöhung der Landesmittel gegenüber 2007 von 1,2 Mio. Euro. Mit diesen Mitteln erhalten knapp 6.000 arbeitslose Frauen und Männer sowie zusätzlich über 5.000 Beschäftigte im Saarland eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt durch Beratung, Vermittlung, Weiterbildung, Qualifizierung und Beschäftigung. Damit trägt die aktive Arbeitsmarktpolitik wesentlich zur Bewältigung des Strukturwandels in unserem Land bei.

Anrede,

Die schon jetzt nachweisbaren und für jeden im Land erkennbaren Erfolge in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik kommen nicht nur den jüngeren und älteren Menschen zugute, sondern auch einer Gruppe, die es in der Vergangenheit besonders schwer hatte: nämlich den Langzeitarbeitslosen. Denn auch die Langzeitarbeitslosen haben mittlerweile bessere Aussichten auf einen Arbeitsplatz. Mit 29.520 lag deren Zahl 2007 um 9,3 % unter dem Vorjahreswert. Damit entwickelt sich zwar die Arbeitsmarktsituation bei den Arbeitslosengeld-II-Beziehern unterdurchschnittlich, was vor allem auch mit der größeren Arbeitsmarktferne der Langzeitarbeitslosen zusammenhängt. Das wichtigste ist aber: Die Dynamik des saarländischen Arbeitsmarktes geht nicht mehr zu Lasten der Arbeitslosengeld-II-Bezieher, wie dies trotz positiver Gesamtentwicklung noch im Aufschwungjahr 2006 der Fall war.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auf eine Tatsache eingehen, die genau gesehen positiver ist, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Wie Sie alle wissen, sind nicht nur hier im Saarland, sondern auch bundesweit, Menschen trotz eines vorhandenen Arbeitseinkommens auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen. Diese so genannten Aufstocker sind erwerbstätige Leistungsempfänger. Sie stocken entweder ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit mit Leistungen aus der Grundsicherung

für Arbeitsuchende auf. Oder sie ergänzen ihre Sozialleistungen – meist aus geringfügigem Erwerbseinkommen – mit einem eigenen Beitrag zum Lebensunterhalt.

Diese Entwicklungen werden von einigen – allerdings völlig zu Unrecht – als etwas uneingeschränkt Negatives beurteilt. Wer so denkt, vergisst, dass für viele Betroffene die Kombination aus Sozialleistungsbezug und Erwerbsarbeit Brücke zurück in die „normale“ Arbeitswelt ist. Nach einer neueren Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist Bedürftigkeit trotz Erwerbstätigkeit häufig nur ein vorübergehender Zustand. Gerade vollzeitbeschäftigte Arbeitslosengeld-II-Empfänger werden mehrheitlich schnell wieder von Sozialleistungen unabhängig. Angesichts dieses Umstandes ist es mir unverständlich, warum die SPD die Einführung weiter entwickelter Kombilohn-Modelle blockiert. Durch Kombilöhne lassen sich Langzeitarbeitslose nämlich wieder zurück in den ersten Arbeitsmarkt bringen. Mit ihrer Blockadehaltung zerstört die SPD gerade für diejenigen die Brücken zurück in den Arbeitsmarkt, die jede Chance besonders verdient hätten. Dies ist das krasse Gegenteil von sozial!

Einen ähnlichen Zusammenhang gibt es bei der Entwicklung der Zeit- und Leiharbeit. Zwischen 2003 und 2007 hat sich hier die Zahl saarlandweit fast verdoppelt. Ist dies wirklich uneingeschränkt negativ zu beurteilen? Nach einer Studie des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft dauern nahezu knapp 60 % der Zeitarbeitsverhältnisse weniger als drei Monate und verbessern die Chancen für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt wesentlich. Die Landesregierung sieht in der Zeitarbeit deshalb eine sinnvolle Möglichkeit, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Arbeit zu schaffen.

Diese Haltung beruht auf einer Grundmaxime, die unser Handeln prägt und die mitverantwortlich ist für die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen acht Jahren: Wir wollen alles tun, was die Beschäftigung fördert, und alles unterlassen, was die Beschäftigungschancen schmälert. Aus diesem Grund steht die Landesregierung auch der Einführung von einheitlichen gesetzlichen Mindestlöhnen skeptisch gegenüber. Sind diese zu hoch, können dadurch bestehende Arbeitsplätze gefährdet werden. Sind sie zu niedrig, entfalten sie keine Wirkung. Branchenspezifische Besonderheiten können nicht berücksichtigt werden. Darüber hinaus sind Mindestlöhne auch ein Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie. Ich verstehe

daher, wenn Gewerkschaften wie etwa die IG Metall in NRW oder die IGBCE gesetzliche Mindestlöhne ablehnen.

Gleichwohl will auch diese Landesregierung selbstverständlich keine Dumping-Löhne und keinen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne. Bei Wahrung der Tarifautonomie sind differenzierte Lösungen anzustreben. Das Saarland hat sich daher auch bei der Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes im Bundesrat konstruktiv beteiligt. Bis Ende März können alle Branchen, die die nötigen Bedingungen erfüllen, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden. Voraussetzung ist die bundeseinheitliche Tarifstruktur und eine 50prozentige Tarifbindung. Außerdem müssen sich die Löhne an der Wertschöpfung der Arbeitnehmer orientieren und dürfen keine negativen Beschäftigungswirkungen haben. Außerhalb des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ist über das Mindestarbeitsbedingungsgesetz die Zahlung sittenwidriger Löhne zu unterbinden.

Wie wichtig dieser Landesregierung die Tarifautonomie ist, zeigt sich auch an anderer Stelle. Im Hinblick auf die im Baugewerbe entstandenen Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der einheimischen Bauwirtschaft hat die Landesregierung bereits im Jahr 2000 eine Tariftreueerklärung für den Hoch- und Tiefbau eingeführt. Damit ist sichergestellt, dass saarländischen Baufirmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht benachteiligt werden. Da die Landesregierung gerade die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe in den Mittelpunkt ihrer Strukturpolitik rückt, werden wir jetzt prüfen, ob auf der Grundlage der bisher gemachten Erfahrungen eine Ausdehnung der Tariftreueerklärung auch auf andere Branchen und Anbieter sinnvoll ist.

[Anrede],

es kann keine erfolgreiche Politik geben, wenn darüber die menschliche Dimension dieser Politik vernachlässigt würde. Aufsteigerland bedeutet deshalb für uns als Landesregierung mehr als nur die unbestreitbaren Erfolge beim wirtschaftlichen Wachstum, bei der Rückführung der Arbeitslosigkeit oder im Bereich von Investitionen und Innovationen. Aufsteigerland zu sein bedeutet für uns genauso auch die Verpflichtung, vor allem die besonders benachteiligten Menschen in unserem Land an dieser Aufwärtsentwicklung teilhaben zu lassen. Deshalb war es der saarländischen Landesregierung von Anfang an ein zentrales Anliegen, die Beschäftigungschancen der

Menschen mit Behinderung zu verbessern. Derzeit sind im Saarland knapp 10.000 behinderte Menschen beschäftigt. Dabei nimmt der öffentliche Dienst seit einigen Jahren eine unverzichtbare Vorreiterrolle wahr. Mit dieser Schrittmacherrolle, zu der ich mich als Ministerpräsident auch mit Blick auf die Zukunft ausdrücklich bekenne, hat sich die Arbeitmarktsituation für Menschen mit Behinderung auch außerhalb des öffentlichen Dienstes seit dem Regierungswechsel 1999 deutlich verbessert.

Denn während im Jahr der Regierungsübernahme im Schnitt 3723 schwerbehinderte Menschen arbeitslos waren, sind es heute nur noch 2375. Das heißt: Seit 1999 konnte die Zahl der arbeitslos gemeldeten schwerbehinderten Menschen um über ein Drittel reduziert werden. Zum Vergleich: Im Durchschnitt der westdeutschen Länder betrug der Rückgang nur 18,4 %, im gesamten Bundesgebiet sogar nur 11,3 %. Bei der Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Behinderung war das Saarland folglich dreimal so erfolgreich wie die anderen Bundesländer. Gerade dieser Wert zeigt doch, welche enorm positiven sozialen Folgen unser wirtschaftlicher Aufstiegskurs seit dem Regierungswechsel gehabt hat. Das Saarland ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein soziales Aufsteigerland!

[Anrede],

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wie sich insgesamt die Lage am Arbeitsmarkt verbessert hat, zeigt ein Vergleich mit den Zahlen aus dem Jahr 1999: Damals waren im Jahresdurchschnitt über 50.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 2007 waren es im Vergleich dazu nur noch 42.600. Das heißt: Wir haben heute über 7500 Arbeitslose weniger als noch vor acht Jahren. Mit 7,8 Prozent haben wir heute die niedrigste Arbeitslosenquote seit 15 Jahren; das entspricht einem Rückgang um 3,1 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahresende 1999, als wir, die CDU Saar, die politische Verantwortung in diesem Land übernommen haben. Tatsache ist, dass seit diesem Regierungswechsel bei uns im Saarland die Arbeitslosigkeit – insbesondere im Vergleich zur bundesweiten Entwicklung - besonders stark zurück geführt werden konnte. Denn während das Saarland noch unter der Regierung von Lafontaine und der SPD zu den Ländern mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit gehörte, liegt die Arbeitslosigkeit im Saarland mittlerweile unterhalb des Bundesdurchschnitts. Das Saarland hat jetzt bundesweit gemeinsam mit Schleswig-Holstein die fünfniedrigste Arbeitslosenquote – eine Verbesserung um vier Plätze gegenüber 1999.

Im Übrigen geben diese an sich schon überaus erfreulichen offiziellen Zahlen nur einen Bruchteil der positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wieder. Denn berücksichtigt man die sehr unterschiedlichen Pendlerströme, ist unsere Arbeitslosigkeit eigentlich noch viel geringer. Das Saarland weist nämlich im Vergleich der Flächenländer die höchste Einpendlerquote auf. Wir haben im Saldo 20.000 mehr Einpendler als Auspendler. Das Saarland ist so über die Ländergrenzen hinweg ein aufnehmender Arbeitsmarkt. Mit seinen knapp 40.000 Arbeitslosen hätte das Saarland bei diesem positiven Pendlersaldo von 20.000 eigentlich eine Arbeitslosigkeit von unter vier Prozent. Wir alle können Stolz sein über diese Entwicklung. Trotz dieser hervorragenden Arbeitsmarktlage, die ja noch besser ist, als die offiziellen Statistiken zeigen, wird diese Landesregierung nicht ruhen, bis unser Hauptziel erreicht ist: Wie wollen Vollbeschäftigung. Wir wollen Arbeit für alle. Und wie die Entwicklung der letzten acht Jahre gezeigt hat, sind die Weichen dafür richtig gestellt.

Und ich darf Sie alle daran erinnern: Geschenkt wurde uns dabei nichts. Vor 10 Jahren, im Februar 1998, dem vorletzten Regierungsjahr der SPD, litt das Saarland unter der Rekordarbeitslosigkeit von 59.187 Arbeitslosen. Wir wollten uns nicht mit dieser Situation abfinden, wir wussten damals schon, dass es auch besser gehen kann. Wir wussten, dass mit einem grundlegenden Politikwechsel die Wende zu Besseren möglich ist, wir wussten, dass knapp 60.000 Arbeitslose kein unveränderbares Schicksal waren. Deshalb haben wir vor der Landtagswahl 1999 versprochen, bis 2010 rund 60.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Und dieses ehrgeizige Ziel haben wir bereits jetzt erreicht, ja wir haben es sogar noch übertroffen. Im Zeitraum von 2000 bis 2006 wurden über 63.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese positive Entwicklung hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Und ich bin sicher: Sie wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Für 2008 wird ein Wirtschaftswachstum von 2 % prognostiziert. Es ist zu erwarten, dass die Arbeitslosigkeit im Saarland im Jahresdurchschnitt unter der magischen Grenzen von 40.000 Arbeitslosen liegen wird.

Im 51. Jahr seines Bestehens ist das Saarland auf einem guten Weg. Das Saarland ist zu einem lebens- und liebenswerten Land im Herzen Europas geworden, zu einem familienfreundlichen Land mit guten Beschäftigungschancen. Ein Land mit Zukunft. Es ist also zu dem geworden, was diese Landesregierung den Saarländerinnen und Saarländern 1999 versprochen hat: Zu einem Aufsteigerland.